

Für Sie zuständig Herr Wigger
Zimmer C-358
Telefon 02861/939-184
E-Mail klaus.wigger@borken.de

Sprechzeiten: Montag - Donnerstag 08.30 - 12.30 Uhr und
14.00 - 16.00 Uhr
Freitag 08.30 - 12.30 Uhr
» Terminvereinbarung erforderlich «



STADT BORKEN

Fachbereich 61
Umwelt, Stadtplanung und Bau-
ordnung

Aktenzeichen **00465-25-01**

Im Piepershagen 17
46325 Borken

Telefax:
02861/93962184

Datum: 02.02.2026

Stadt Borken
Herr Matthias Schröer
Im Piepershagen 17
46325 Borken

Vorhaben Neustrukturierung Rathaus Borken Sanierung Gebäudeteil C

Grundstück 46325 Borken, Im Piepershagen 17

Gemarkung Borken
Flur 30
Flurstück 670

Prüfung der bautechnischen Nachweise

Sehr geehrter Herr Schröer,

die eingereichten bautechnischen Nachweise wurden in statischer und konstruktiver Hinsicht geprüft. Die Unterlagen wurden digital eingereicht und geprüft. Die geprüften Unterlagen stehen unter folgendem Link zum Download bereit:

<https://cloud.borken.de/s/c58fHcCHjoroNAY>

Die nachstehend aufgeführten Hinweise, Auflagen und Bedingungen sind bei der Ausführung des Vorhabens zu beachten.

1. Bei der Erstellung der statischen Berechnung 1967 wurden Lasten aus einer möglichen massiven Aufstockung um ein viertes und fünftes Obergeschoss berücksichtigt. Diese Lasten wurden bei der jetzigen Berechnung der Abfangkonstruktionen nicht berücksichtigt. Sollte die Aufstockung dennoch zu einem späteren Zeitpunkt geplant werden, dürfen die neuen Abfangkonstruktionen hierdurch ohne zusätzlichen Nachweis nicht belastet werden.
2. Die Trennwände zwischen den Büros wurden in der statischen Berechnung von 1967 als nichttragende Trennwände mit $g < 150 \text{ kg/m}^2$ angenommen. Einige Wände wurden mit $d = 24 \text{ cm}$ hergestellt. Es ist örtlich zu überprüfen, wie die Wände ausgeführt wurden. Vergleiche Position 35 im Erdgeschoss.
3. Umbauarbeiten dürfen nur von einem erfahrenen Unternehmer ausgeführt werden. Die Standsicherheit des Gebäudes darf in allen Phasen des Umbaus nicht gefährdet werden.
4. Bei der Prüfung der statischen Berechnung wurde unterstellt, dass die bestehenden und statisch nicht nachgewiesenen Konstruktionen den jeweils gültigen DIN-Vorschriften entsprechen, sich in einem einwandfreien Zustand befinden und in der Lage sind, die auftretenden Kräfte im Rahmen der zulässigen Spannungen aufzunehmen und zu übertragen.

5. Vor Baubeginn ist der Standsicherheitsnachweis der zur Verwendung kommenden Hilfskonstruktionen (zum Beispiel Lehrgerüst) zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.
6. Bei der Bauausführung ist die DIN EN 1996-1-1 Mauerwerk, Berechnung und Konstruktion zu beachten. Schlitz- und Aussparungen dürfen ohne Nachweis nur nach Abschnitt 8.6 und dem zugehörigen nationalen Anhang erstellt werden. Die zulässigen Größen für Schlitz- und Aussparungen der Tabellen NA.20 und NA.21 des nationalen Anhangs sind einzuhalten.
7. Die EDV-Berechnung wurde teilweise direkt und teilweise durch unabhängige Vergleichsrechnung überprüft. Insofern wurden in der vorliegenden Berechnung vorrangig die Ausgangswerte und die für die Beurteilung der Tragfähigkeit der Konstruktion erforderlichen Endergebnisse kontrolliert. Als geprüft gelten in diesem Fall die Angaben zu Querschnitt, Materialgüte und Bewehrung. Abweichende Ergebnisse, die keinen Einfluss auf die Bemessung der Bauteile haben, wurden nicht eingebessert. Die Prüfung ergab eine gute Übereinstimmung.

Ihre Rechte:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsaktes vor dem Verwaltungsgericht Münster, Piusallee 38, 48147 Münster, Klage erheben. Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Sie muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Die Klage kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen (ERVVO VG/FG) vom 07.11.2012 (GV. NRW S. 548) eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes (SigG) vom 16.05.2001 (BGBl. I S. 876) in der zurzeit geltenden Fassung versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Durch das Erheben der Klage wird die Wirksamkeit dieses Bescheides **nicht** gehemmt, insbesondere die Zahlungsfrist **nicht** aufgehoben.

Hinweise:

Durch die Bürokratieabbaugesetze I und II ist das einer Klage bisher vorgeschaltete Widerspruchsverfahren abgeschafft worden. Zur Vermeidung unnötiger Kosten empfehle ich Ihnen, sich vor Erhebung einer Klage zunächst mit mir in Verbindung zu setzen. So können etwaige Unstimmigkeiten bereits im Vorfeld einer Klage behoben werden.

Die Klagefrist von einem Monat wird durch einen solchen außergerichtlichen Einigungsversuch jedoch **nicht** verlängert.

Hinweise zur Klageerhebung in elektronischer Form und zum elektronischen Rechtsverkehr finden Sie auf der Homepage des Oberverwaltungsgerichts NRW und des Verwaltungsgerichts Münster. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.

Mit freundlichen Grüßen

Wigger
Sachbearbeiter